

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **191 Mio. EUR für die Absatzförderung von Agrarerzeugnissen im Binnenmarkt und in Drittländern** 2
- **Italiens Haushaltsplan verstößt gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt: Defizitverfahren ist angebracht** 2

Rat der Europäischen Union

- **Konferenz „Subsidiarität als Bauprinzip der Europäischen Union“ vom 15. bis 16. November 2018 in Bregenz** 3
- **Die EU-Staaten sollen mehr Kompetenzen in der GAP erhalten** 3
- **Die Euro- und EU-FinanzministerInnen berieten über ein mögliches Eurozonen-Budget** 4

Europäisches Parlament

- **Rechte von Bahnreisenden werden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste** 5
- **Das EU-Parlament will mehr Flexibilität und Klarheit für mobile Arbeitnehmer in der EU schaffen** 5
- **Europaabgeordnete wollen die Forschungsmittel für 2021-2027 auf 120 Milliarden Euro aufstocken** 6

Ausschuss der Regionen

- **Die Kürzung und Zentralisierung der regionalen Investitionen der EU wird die territoriale Solidarität in ganz Europa beeinträchtigen** 7

Laufende Konsultationen

8

Tagesordnungen der Institutionen

9

Impressum

9

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*

Europäische Kommission

191 Mio. EUR für die Absatzförderung von Agrarerzeugnissen im Binnenmarkt und in Drittländern

Im Mittelpunkt der Programme für 2019 zur Absatzförderung von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln stehen insbesondere die Märkte außerhalb der EU mit dem höchsten Wachstumspotenzial.

Die EU-Kommission hat am 14. November das Arbeitsprogramm 2019 für die Absatzförderung angenommen; dabei sollen für die Programme, die für die EU-Kofinanzierung ausgewählt wurden, 191,6 Mio. EUR bereitgestellt werden. 89 Mio. EUR werden für Kampagnen in wachstumsstarken Ländern bereitgestellt. Ein Teil dieses Betrags ist für die Absatzförderung bestimmter Erzeugnisse wie Tafeloliven vorgesehen.

In der EU selbst liegt der Schwerpunkt auf Kampagnen, die für die unterschiedlichen EU-Qualitätsregelungen und -Siegel wie z. B. geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.),

geschützte geografische Angaben (g.g.A.) und garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) sowie ökologische/biologische Erzeugnisse werben. Außerdem ist ein Teil der Mittel für bestimmte Sektoren wie Reis aus nachhaltiger Erzeugung sowie Obst und Gemüse vorgesehen. Letztere Maßnahme wurde bewusst ausgewählt, um bei den Verbrauchern in der EU die gesunde Ernährung zu fördern.

Der Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für spezifische Kampagnen wird im Januar 2019 veröffentlicht.

[Mehr Informationen](#)

Italiens Haushaltsplan verstößt gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt: Defizitverfahren ist angebracht

Die EU-Kommission hat am 21. November Stellungnahmen dazu angenommen, ob die Haushaltspläne der Euro-Mitgliedstaaten für 2019 dem Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprechen.

Im Falle Italiens bekräftigte die EU-Kommission, dass ein besonders schwerwiegender Verstoß gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt vorliegt. Die Kommission hält nun ein Defizitverfahren auf Grundlage des Schuldenstandes für angebracht. Der Haushaltsplan der Regierung in Rom werde das Wachstum nicht wie beabsichtigt stärken. Italien riskiere stattdessen, „schlafwandelnd in die Instabilität“ zu geraten.

Nach Bewertung der am 13. November vorgelegten überarbeiteten Übersicht über die Haushaltspläne Italiens hat die EU-Kommission damit am 21. November bekräftigt, dass ein besonders schwerwiegender Verstoß gegen die an Italien gerichtete Empfehlung des Rates vom 13. Juli 2018 vorliegt.

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts hat die EU-Kommission nun auch eine Neubewertung des auf den ersten Blick nicht erfüllten Schuldenstandskriteriums vorgenommen. Mit 131,2 Prozent des BIP im Jahr 2017 liegt der öffentliche Schuldenstand Italiens über dem im Vertrag festgelegten Referenzwert von 60 Prozent des BIP. Die Neubewertung war notwendig, da die Haushaltspläne Italiens für 2019 eine wesentliche Änderung der von der Kommission im Mai analysierten maßgeblichen Faktoren bedeutet.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

Rat der Europäischen Union

Konferenz „Subsidiarität als Bauprinzip der Europäischen Union“ vom 15. bis 16. November 2018 in Bregenz

Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes fand vom 15. bis 16. November 2018 die Konferenz „Subsidiarität als Bauprinzip der Europäischen Union“ in Bregenz statt.

In Gesprächen mit politischen VerantwortungsträgerInnen, ExpertInnen sowie BürgerInnen möchte Österreich im Rahmen seines EU-Ratsvorsitzes 2018 das gemeinsame Verständnis zur Subsidiarität ausbauen und dessen konsequente und verbesserte Anwendung in den Fokus rücken.

In der „Bregenzer Erklärung“ wird vorgeschlagen, dass die EU an Lösungen der großen Herausforderungen — wie etwa in den Bereichen Migration, Sicherheit und Klimawandel arbeitet. Gleichzeitig sollte die EU sich in den Fragen, in denen die Mitgliedstaaten oder Regionen selbst besser entscheiden können, zurücknehmen. Bestehende Gesetzgebung sollte

auf bestimmten Kriterien überprüft werden.

Die nationalen Parlamente werden in der Erklärung aufgerufen, das volle Potential ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Subsidiaritätsprüfung auszuschöpfen. Die regionalen und lokalen Ebenen sollten bei der Entwicklung von EU-Maßnahmen stärker eingebunden werden.

[Mehr Informationen](#)

Die EU-Staaten sollen mehr Kompetenzen in der GAP erhalten

Auf der Ratstagung vom 19. November befassten sich die EU-LandwirtschaftsministerInnen hauptsächlich mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

In einer öffentlichen Tagung berieten die EU-LandwirtschaftsministerInnen über die Arbeiten zu den Vorschlägen für eine Verordnung über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP und über die Reform der Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (GMO). Die MinisterInnen sprachen sich für eine größere Verantwortung bzw. für erweiterte Zuständigkeiten der nationalen Behörden in der Umsetzung und Überwachung der GAP aus. Ferner stellten sie erneut fest, dass die GAP einfach und effektiv sein muss und keinen übermäßigen Verwaltungsaufwand mit sich bringen darf. Außerdem waren sie generell der Auffassung, dass die bestehenden Marktstützungsinstrumente sich als wirksam gegen Marktstörungen erwiesen haben.

Die EU-Kommission informierte den Rat über die jüngsten Entwicklungen auf den wichtigsten Agrarmärkten, insbesondere den Märkten für Milcherzeugnisse, Zucker und Schweinefleisch. Der Rat begrüßte die generell positive wirtschaftliche Lage und Perspektive auf den wichtigsten Agrarmärkten, bekundete jedoch auch Besorgnis über die schwierige Lage auf dem Schweinefleischmarkt angesichts der afrikanischen Schweinepest und riet dazu, den Zuckersektor sorgfältig zu überwachen.

Der Rat einigte sich auf die Fangmöglichkeiten für bestimmte Tiefseebestände in der EU und in internationalen Gewässern im Nordostatlantik für die Jahre 2019 und 2020.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Die Euro- und EU-FinanzministerInnen berieten über ein mögliches Eurozone-Budget

Die Euro- und EU-FinanzministerInnen trafen sich am 19. November in Brüssel in Bezug auf die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die MinisterInnen und berieten hauptsächlich über die Bankunion und die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Die Banken sind widerstandsfähiger und es gibt erhebliche Fortschritte bei den Gesetzgebungsverfahren für mehrere Maßnahmen zur Risikominderung auf EU- und nationaler Ebene. Die MinisterInnen hatte auch eine Aussprache über ein neues Finanz-instrument für den Euroraum. Der französische und der deutsche Finanzminister präsentierten ihren jüngsten Vorschlag zur Aufstellung eines Haushaltsplans für die Euro-Währungsunion. Die EU-MinisterInnen begrüßten diese Beiträge. Die Minister befassten sich mit der Frage, wie den Banken im Rahmen der Beschlussfassung Liquidität zur Verfügung gestellt wird, mit der Möglichkeit, vor Ende des Übergangszeitraums, d.h. 2024, einen gemeinsamen Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds einzuführen.

Die MinisterInnen haben auch einen Gedankenaustausch die Reform des ESM, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen dem ESM und der Kommission, geführt. Die Euro-Gruppe hat über Fragen zur Finanzierbarkeit der Schuldenlast beraten, einschließlich der möglichen Einführung von Umschuldungsklauseln mit einstufiger Aggregation. Zudem haben die MinisterInnen und Minister einen Gedankenaustausch über die Rolle geführt, die der ESM bei der Förderung des Dialogs zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Gläubigern spielen könnte.

[Mehr Informationen](#)

EU-Staaten beschließen Ausbau der Verteidigungsunion

Die EU-Außen- und Verteidigungsminister haben am 19. November einen Ausbau der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der Verteidigung beschlossen. Bei ihrem Treffen in Brüssel stimmten die Minister 17 neuen Projekten zu. Dazu zählen die Entwicklung neuer Waffensysteme, Cyberabwehr und die gemeinsame Ausbildung.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Rechte von Bahnreisenden werden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste

Die Europaabgeordneten haben sich am 15. November für eine Reihe von Änderungen der Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr ausgesprochen. .

Die aktualisierten Rechte für Zugreisende sollen höhere Entschädigungen bei Verspätungen und eine bessere Unterstützung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität umfassen. Ziel ist, eine bessere Unterstützung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, einen besseren Zugang für Radfahrer und klarere Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die Eisenbahnunternehmen die Fahrgäste besser über ihre Rechte informieren und die Entschädigung der Pendler im Falle von Verspätungen erhöhen.

Die Abgeordneten erhöhten die Entschädigung für Verspätungen von mehr als einer Stunde, von 25% auf 50% des Preises der Fahrkarte. Die Fahrgäste hätten nach den Vorschlägen des

Parlaments Anspruch auf eine Entschädigung von 75% des Fahrpreises bei einer Verspätung von 91 bis 120 Minuten, und auf die Rückerstattung des gesamten Fahrpreises bei einer Verspätung von mehr als zwei Stunden.

Unterstützung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität sollte nun kostenfrei und an größeren Bahnhöfen ohne vorherige Ankündigung verfügbar sein. Die Fahrgäste haben nun Anspruch auf Mitnahme von Fahrrädern im Zug, auch in Hochgeschwindigkeitszügen, Langstreckenzügen, grenzüberschreitenden Zügen und lokalen Zügen, so der angenommene Text.

[Mehr Informationen](#)

Das EU-Parlament will mehr Flexibilität und Klarheit für mobile Arbeitnehmer in der EU schaffen

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EU-Parlaments hat am 20. November Vorschriften für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit angenommen.

Das Ziel der neuen Vorschriften ist, die Arbeitskräftemobilität zu erleichtern und gleichzeitig die Rechte der Arbeitnehmer in grenzüberschreitenden Situationen EU-weit zu bewahren.

Die Europaabgeordneten einigten sich darauf, dass ein Arbeitnehmer bis zu sechs Monate nach dem Verlassen eines Mitgliedstaates dort seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld behält. Die Grenzgänger sollen nun die Wahl haben, ob sie Arbeitslosenunterstützung aus dem letzten Mitgliedstaat der Tätigkeit oder aus dem Wohnsitzmitgliedstaat erhalten.

Die Europaabgeordneten verabschiedeten auch Bestimmungen, die darauf abzielen, Schutzlücken zu vermeiden und Rechtsklarheit und Transparenz in Bezug auf die Leistungen der Langzeitpflege für einen hilfsbedürftigen Versicherten zu schaffen. Arbeitnehmer, die ins Ausland entsandt werden, werden auch in bestimmten Umständen weiterhin Anspruch auf Leistungen in dem Mitgliedstaat haben, in dem ihr Arbeitgeber niedergelassen ist.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Europaabgeordnete wollen die Forschungsmittel für 2021-2027 auf 120 Milliarden Euro aufstocken

Der Industriausschuss des EU-Parlaments hat am 21. November seine Prioritäten für die Finanzierung wichtiger Bereiche festgelegt, die das künftige Wachstum fördern werden, wie Forschung, Verteidigung, Raumfahrt und das digitale Europa.

In Ergänzung zum Beschluss des Plenums, den künftigen Haushalt Europas besser zu finanzieren, stimmten die Mitglieder des Industriausschusses für die Aufstockung des Budgets des Forschungsprogramms Horizon Europe für 2021-2027 auf 120 Mrd. EUR in den Preisen von 2018.

Der Ausschuss unterstützt auch den Vorschlag der EU-Kommission, dem EU-Verteidigungsfonds (EVF) für den Zeitraum 2021-2027 11,5 Mrd. EUR zu Preisen von 2018 zur Verfügung zu stellen, und betont, dass ein "europäischer" Ansatz für die Verteidigung erforderlich ist. Der EVF wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Verteidigungsbereich für interoperable Technologien und Geräte in Bereichen wie verschlüsselte Software und Drohnentechnologie finanzieren.

Um zur Aufrechterhaltung und weiteren Stärkung der Führungsrolle der EU im Bereich des Weltraumprogramms beizutragen, will das EU-Parlament den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Haushalt für das EU-Raumfahrtprogramm auf 621 Mio. € auf 14,82 Mrd. € für die Jahre 2021 bis 2027 erhöhen.

Das EU-Parlament hat den Vorschlag der EU-Kommission zur Schaffung des ersten „Programms Digital Europe“ begrüßt und wird mit 8,2 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt 2021-2027 ausgestattet, um den wachsenden digitalen Herausforderungen zu begegnen. Die Finanzierung ist entscheidend für die Verwirklichung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt und für die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Die Kürzung und Zentralisierung der regionalen Investitionen der EU wird territoriale Solidarität in ganz Europa beeinträchtigen

Ein ökologisch, wirtschaftlich und sozial robustes Europa braucht starke städtische und ländliche Gebiete sowie Partnerschaften und Zusammenarbeit zwischen ihnen. Zu diesem Schluss kam die hochrangige Veranstaltung der Kohäsionsallianz am 09. November in Klagenfurt, Österreich.

An der vom EU-Ausschuss der Regionen (AdR) und dem Land Kärnten gemeinsam organisierten Veranstaltung nahmen Vertreter der österreichischen Bundesländer, der europäischen Regionalverbände und der EU-Institutionen teil, um über die territoriale Solidarität zwischen städtischen, ländlichen und abgelegenen Gebieten in Europa sowie Synergien zwischen der künftigen EU-Kohäsions- und Agrarpolitik zu diskutieren.

Die größten Herausforderungen für die ländlichen Gebiete in Österreich und im übrigen Europa sind ähnlich: schlechte Erreichbarkeit, rückläufige öffentliche und private

Dienstleistungen, weniger Arbeitsplätze und stärkere Isolierung von Forschung, technologischer Innovation und Investitionen.

Die Teilnehmer kamen zum Schluss, dass die Suche nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Gebieten die Umsetzung von Strategien erfordert, die es jedem Gebiet ermöglichen, sein Potenzial voll auszuschöpfen. Dazu gehören z. B. ausreichende Mittel aus den Strukturfonds für die Unterstützung der Kohäsionspolitik und der ländlichen Entwicklung.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Consultation on the list of candidate Projects of Common Interest in electricity infrastructure](#)

Energie

22. November 2018 – 28. Februar 2019

[Evaluation of the 2008 European Critical Infrastructure Protection Directive](#)

Grenzen und Sicherheit, Migration und Asyl

19. November 2018 – 11. Februar 2019

[Ex-post evaluation of the Trans-European Transport Network \(TEN-T\) programme 2007-2013](#)

Verkehr

15. November 2018 – 14. Februar 2019

[Öffentliche Konsultation zur Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität \(CAM\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

24. Oktober 2018 – 04. Dezember 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnsek, M.A.